

Klodd, Henning

Article — Digitized Version

Technologiepolitik: Nicht pöppeln - auf eigene Füße stellen!

Wirtschaftswoche

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Klodd, Henning (1986) : Technologiepolitik: Nicht pöppeln - auf eigene Füße stellen!, Wirtschaftswoche, ISSN 0042-8582, Verlagsgruppe Handelsblatt, Düsseldorf, Vol. 40, Iss. 51, pp. 84-87

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1318>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

TECHNOLOGIEPOLITIK

Nicht päppeln – auf eigene Füße stellen!

Die vierte Eureka-Konferenz am 16. Dezember in Stockholm will der technologischen Zusammenarbeit in Europa weitere Impulse geben. Das ganze Unternehmen läuft jedoch Gefahr, zum Subventionsbetrieb für Projekte zu werden, die öffentlicher Unterstützung nicht bedürfen. Die Finanzierung verwertbarer Forschung, meint Henning Klodt*, sollte nur in Ausnahmefällen aus staatlichen Töpfen erfolgen.

Aus politischer Sicht ist Eureka ohne Zweifel ein Erfolg. Erstmals ist es gelungen, den Gedanken der Einigung Europas mit positiven Begriffen wie Fortschritt, High-Tech und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden, während Europapolitik ansonsten eher mit Butterbergen, Milchseen und Kohlehalden assoziiert wird. Obwohl die Europäische Gemeinschaft auch in früheren Jahren bereits kräftig in die Forschung investiert hat – etwa mit Programmen wie Fast, Race, Esprit –, ist erst mit Eureka die rechte Euro-Phorie aufgekommen.

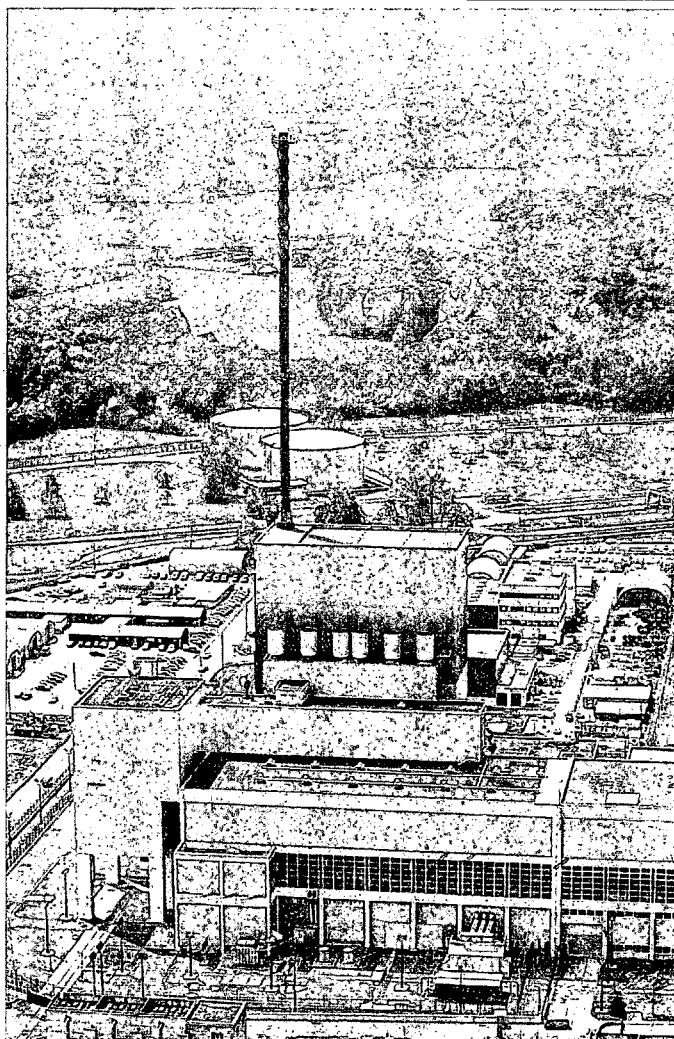
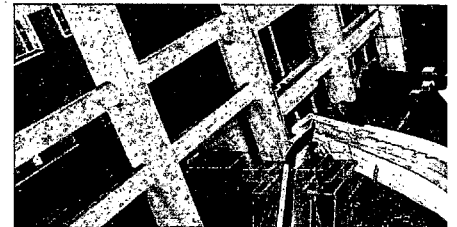
Das Eureka-Programm hat außerdem – auch das ist ein bemerkenswerter Erfolg – die bürokratischen Hürden im europäischen Entscheidungsprozeß ausgesprochen zügig genommen. Von den ersten Plänen bis zur konkreten Beschlußfassung über einzelne Projekte verging kaum mehr als ein halbes Jahr. Beim Esprit-Programm dagegen zogen sich die Vorverhandlungen über fünf volle Jahre hin. Es hat sich offenbar ausgezahlt, daß die Ausführung des Eureka-Programms nicht der EG-Kommission übertragen wurde, sondern dezentral in den einzelnen Teilnehmerländern erfolgt.

Schließlich ist auch die Beteiligung

von Nicht-EG-Ländern – die Strategie der „variablen Geometrie“ – als ein Erfolg zu werten, der den europäischen Integrationsprozeß voranbringen kann. Inwieweit Eureka aber auch wirtschaftlich ein Erfolg wird, muß sich erst noch erweisen.

Skepsis gründet sich vor allem auf die negativen Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit subventionierten Großprojekten gemacht wurden. Der Überschalljet Concorde brachte für die fran-

zösische und die britische Regierung wohl kaum den erhofften Prestigeerfolg, dafür aber finanzielle Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe. Die Ent-



* Dr. Henning Klodt ist Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.

wicklung des amerikanischen Clinch-River-Brutreaktors wurde im Jahre 1983 nach rund zwanzigjähriger Laufzeit ergebnislos abgebrochen.

Selbst der Airbus – das vielzitierte Musterbeispiel einer europäischen Forschungsk Kooperation – erweist sich bei näherem Hinsehen als wirtschaftlicher Mißerfolg: Trotz hoher Absatzzahlen kommt die Airbus Industrie noch immer nicht ohne staatliche Subventionen und massive Außenhandelsprotektion zu recht; und der Tag, an dem die Verkaufserlöse die Gesamtkosten überschreiten, rückt in immer weitere Ferne.

Aus allen Fallstudien läßt sich herauslesen, daß subventionierte Großprojekte der Industrieforschung offenbar überall auf der Welt vier Dinge gemeinsam haben:

Die ursprünglich veranschlagten

Eureka-Etappen

April 1985: Der damalige französische Außenminister Roland Dumas schlägt die Gründung einer europäischen Forschungsagentur mit dem Namen Eureka vor.

Juni 1985: Die EG-Kommission legt für den Mailänder Gipfel das „Memorandum für eine Technologiegemeinschaft“ vor, mit dem sie ihren Anspruch auf die Zuständigkeit für die Ausführung des Eureka-Programms geltend macht.

Juli 1985: Erste Eureka-Ministerkonferenz in Paris, bei der siebzehn europäische Länder sowie die EG-Kommission vertreten sind. Die Idee einer gemeinsamen Forschungsinitiative wird akzeptiert.

Oktober 1985: Treffen von Banken- und Industrievertretern in London, auf dem über die Möglichkeiten zur Finan-

zierung von Eureka-Projekten diskutiert wird.

November 1985: Zweite Eureka-Ministerkonferenz in Hannover. Die ersten zehn Projekte werden beschlossen. In der Grundsatzklärung von Hannover werden die Ziele von Eureka konkretisiert.

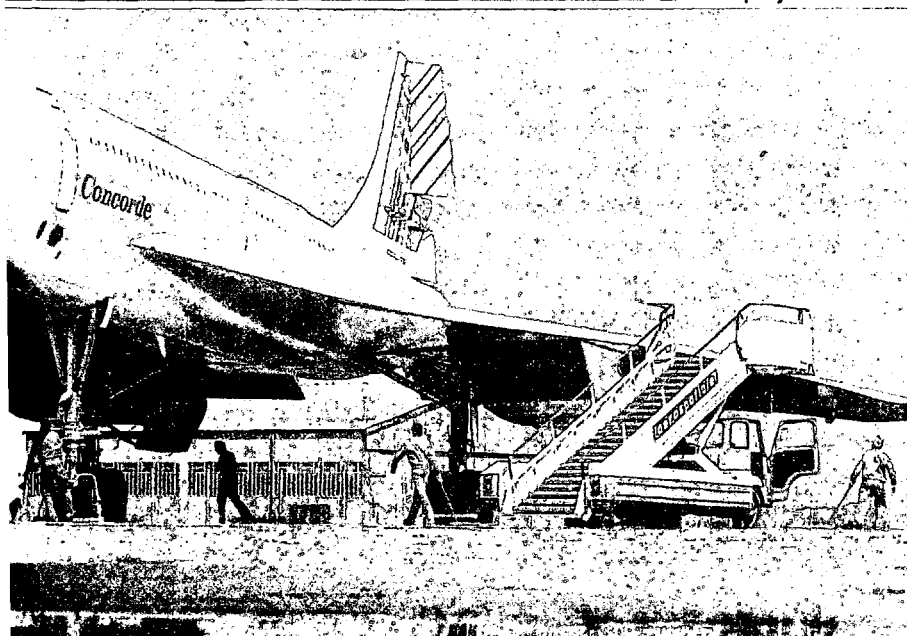
Juni 1986: Dritte Eureka-Ministerkonferenz in London. Verabschiedung von 62 zusätzlichen Projekten. Darüber hinaus wird die Errichtung eines Eureka-Sekretariats mit Sitz in Brüssel beschlossen.

Dezember 1986: Vierte Eureka-Ministerkonferenz* in Stockholm. Auf der Tagesordnung stehen weitere Projekte sowie Finanzierungsfragen.

* Der Teilnehmerkreis von Eureka erstreckt sich mittlerweile auf 19 Staaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei) sowie die EG-Kommission.



Spitzentechnik
THTR Hamm-
Uentrop (I.),
Airbus (o.),
Concorde: Negative
Erfahrungen mit
subventionierten
Großprojekten



Kosten werden – meist erheblich – überschritten;

Terminplanungen werden nicht eingehalten;

die potentiellen Absatzmärkte werden regelmäßig überschätzt;

die Rentabilitätsschwelle wird nicht erreicht, häufig läßt sich nicht einmal die technische Zielsetzung verwirklichen.

Die Protagonisten von Eureka verweisen darauf, daß die Mißerfolge der Technologiepolitik vorrangig auf einen Mangel an internationaler Koordination und auf die daraus resultierende verschwenderische Parallelforschung zurückzuführen sei. Unverkennbar ist, daß sich die Forschungsförderer weltweit auf dieselben Technologiefelder konzentriert haben – die Mikroelektronik, die Kernenergie sowie den Luft- und Raumfahrzeugbau. Die Marktchancen der geförderten Projekte sind also schon dadurch beeinträchtigt worden, daß die Unternehmen im internationalen Gleichschritt in partielle Überkapazitäten hineinsubventioniert worden sind. So hängt der drastische Preisverfall bei mikroelektronischen Chips zumindest teilweise mit der staatlichen Förderung der Entwicklungskosten in diesem Bereich zusammen.

Es ist zwar nicht auszuschließen, daß die europäischen Unternehmen durch Eureka erst recht in die Parallelforschung zu amerikanischen und japanischen Unternehmen geführt werden, doch zumindest innerhalb Europas könnte die Duplizität staatlicher Förderprogramme abgebaut werden.

Damit wäre aber erst der kleinere Teil

der Probleme gelöst. Denn der internationale Gleichschritt der Technologiepolitik kann nicht als Erklärung für die eklatanten Kosten- und Terminüberschreitungen herhalten. Hier sind offenbar andere Kräfte am Werk:

Rentabilitätsziele stehen bei staatlich subventionierten Großprojekten meist im Schatten technischer Ziele. Stellt sich heraus, daß ein ursprünglich angestrebtes kommerzielles Ziel nicht erreicht werden kann, wird allzuoft nicht das Projekt revidiert, sondern die Zielvorgabe von der wirtschaftlichen auf die technische Ebene verlagert. So läßt sich etwa der Airbus, dessen Produktion mehr kostet als sie einbringt, immer noch als technischer Erfolg der Forschungspolitik vorweisen.

Fehlentscheidungen, die sowohl bei privat als auch bei öffentlich finanzierten Vorstößen in technologisches Neuland unvermeidlich sind, werden zu spät oder gar nicht korrigiert. Beispiele dafür liefern etwa der britische Graphitreaktor AGR oder das deutsche THTR-Projekt. Beiden werden von den Energieversorgungsunternehmen längst keine Marktchancen mehr eingeräumt.

Geförderte Unternehmen und Forschungsbürokratie haben ein gemeinsames Interesse daran, ein geplantes Projekt gegenüber dem Parlament, gegenüber anderen Ressorts und gegenüber der Öffentlichkeit in einem möglichst

”

Die Entwicklung eines computergesteuerten Automobils oder eines Industrieroboters für die Bauwirtschaft sollte auch ohne Steuergelder möglich sein.

günstigen Licht erscheinen zu lassen. So deklarierte im Jahre 1981 der damalige Bundesforschungsminister Andreas von Bülow die ursprünglich angegebenen Kosten eines Großprojektes im Bereich der Fusionsforschung im nachhinein als politischen „Überredungspreis“. Spätere Kosten- und Terminüberschreitungen sind damit bereits zu Beginn der Projektlaufzeit vorprogrammiert.

SCHMALENBACH-PREIS

Für Spitzenleistung

Nun hat auch die Betriebswirtschaft ihren bedeutenden, überregionalen Preis: 50000 Mark wird die Schmalenbach-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. alle drei Jahre ausloben. Im Gedenken an den Namensgeber der Gesellschaft wird der Schmalenbach-Preis erstmals aus Anlaß des 600jährigen Jubiläums der Universität zu Köln im Herbst 1988 verliehen.

In Köln hatte der als Gründervater der deutschen Betriebswirtschaft apostrophierte Eugen Schmalenbach seine akademische Wirkungsstätte. Dort verfaßte er seine bahnbrechenden Forschungsarbeiten, die er stets an den Bedürfnissen der Praxis zu orientieren versuchte – eine Zielsetzung, die die Schmalenbach-Gesellschaft bis heute beibehalten hat. Auch ihr geht es darum, der Praxis Anregungen aus der Forschung zu geben, die Forschung auf die Probleme der Praxis auszurichten.

Ein solcher Preis „fehlte bisher in der Betriebswirtschaftslehre“, kommentiert der Bochumer Professor Klaus Chmielewicz die neue Auszeichnung. „Damit nimmt die Betriebswirtschaftslehre endlich die Tradition ande-

rer Disziplinen auf.“ Er selbst steht der Jury vor, die aus den „hoffentlich vielen guten“ Arbeiten zum ersten Preisthema „Personalkosten und Beschäftigung“ die beste aussuchen wird.

Auf diese Thematik legte sich die Gesellschaft fest, weil darüber politisch und volkswirtschaftlich jede Menge Lesestoff zu haben ist, aus dem Blickwinkel der Betriebswirtschaftslehre jedoch beharrliche Funkstille herrscht.

Weil die Gesellschaft vor allem den deutschsprachigen Nachwuchs der Betriebswirtschaftslehre zu großen Taten anreizen will – damit, wie der Präsident der Schmalenbach-Stiftung Professor Walter Cordes betont, „die deutsche Betriebswirtschaftslehre an ihre alte Tradition wieder anknüpft“ –, sind nur Arbeiten in deutscher Sprache zugelassen, die 250 Seiten nicht überschreiten. Ausdrücklich sind auch Praktiker zur Teilnahme aufgerufen. Akademische Grade werden nicht verlangt. Was zählt, ist Sachkenntnis.

In Zukunft könnten also die Personalberater auf ihrer Suche nach Spitzenkräften durch einen Blick auf die Liste der Schmalenbach-Preisträger fündig werden. Der Schmalenbach-Gesellschaft wäre das nur recht.

Die Projektauswahl steht häufig unter dem Eindruck technologischer Erfolge, die im Ausland erzielt wurden. So lautet die Begründung europäischer Förderprogramme im Bereich der Elektronik durchweg, daß der technologische Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan aufgeholt werden müsse. Eine derartige Politik orientiert sich, da die Gewinner von morgen nicht bekannt sind, zwangsläufig an den Gewinnern von gestern. Die geförderten Produkte sind dann erst serienreif, wenn die Absatzmärkte ihre expansive Phase bereits hinter sich haben.

Gelegentlich spielt auch das nationale Prestige eine derart wichtige Rolle, daß wirtschaftliche und technologische Gesichtspunkte in den Hintergrund treten müssen. Das beste Beispiel dafür bietet das britisch-französische Gemeinschaftsprojekt Concorde.

Notwendig ist eine staatliche Forschungsförderung bei jenen Projekten, die ausschließlich der marktfernen Grundlagenforschung dienen. Dazu zählt beispielsweise das Eureka-Projekt Eurotrac, mit dem Transport und Umwandlung umweltrelevanter Spurenstoffe in die Troposphäre über Europa untersucht werden sollen. Doch die Entwicklung eines computergesteuerten Automobils – Eureka-Projekt Prometheus – oder eines Industrieroboters für die Bauwirtschaft – Eureka-Projekt Hercules – sollten auch ohne Steuergelder möglich sein.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber verfolgt bei den deutschen Beteiligungen an Eureka den Grundsatz, daß der staatliche Finanzierungsbeitrag bis zu 50 Prozent gehen kann. Bei einer derart großzügigen Förderung wäre es mehr als verwunderlich, wenn die Unternehmen mit den Forschungsgeldern genauso sorgfältig wirtschafteten wie mit ihren eigenen Mitteln. So werden sich viele im Rahmen von Eureka geförderte Großprojekte wohl nahtlos in die zahllosen Fehlschläge früherer Jahre einreihen.

Aus diesem Blickwinkel heraus wäre es wünschenswert, wenn sich in Stockholm und in späteren Eureka-Konferenzen die Position der britischen Regierung stärker durchsetzen würde – eine Position, die von Premierministerin Margaret Thatcher in ihrer Eröffnungsrede zur dritten Eureka-Konferenz in drei „goldenen Regeln“ umrissen wurde:

„Erstens müssen wir die Verantwortung dort lassen, wo sie eigentlich hingehört, das heißt bei der Industrie selbst. Zweitens ist Eureka keine Geldquelle. Drittens sollte Eureka nicht zu mehr Bürokratie führen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. ■